

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT**[Nummer Erlassregister]****Vorentwurf eines Erlasses der Regierung zur Festlegung gewisser Finanzierungsmodalitäten der Wohn- und Pflegezentren für Senioren für die Jahre 2024 bis 2029**

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Aufgrund des Dekrets vom 13. Dezember 2018 über die Angebote für Senioren und Personen mit Unterstützungsbedarf sowie über die Palliativpflege, Artikel 79 §3 und Artikel 100 §2 Absatz 5, ersetzt durch das Dekret vom 8. Mai 2024;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 20. Juni 2017 über die Mobilitätshilfen;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom [Datum];

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom [Datum];

Aufgrund des Gutachtens des Beirats für Seniorenunterstützung vom [Datum]

Aufgrund des Gutachtens der Datenschutzbehörde Nr. [Nummer] vom [Datum];

Aufgrund des Gutachtens Nr. [Nummer] des Staatsrates, das am [Datum] in Anwendung von Artikel 84 §1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

In Erwägung des Erlasses vom 25. Mai 2023 zur Bezuschussung der Infrastrukturvorhaben von Wohnstrukturen für Senioren;

In Erwägung des Erlasses vom 29. Februar 2024 zur Festlegung von Mindestpersonalnormen in Wohn- und Pflegezentren für Senioren;

Auf Vorschlag des Ministers für Seniorenpolitik;

Nach Beratung,

Beschließt:

KAPITEL 1 – ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1 – Der vorliegende Erlass legt in Ausführung von Artikel 100 §2 des Dekrets vom 13. Dezember 2018 über die Angebote für Senioren und Personen mit Unterstützungsbedarf sowie über die Palliativpflege gewisse Finanzierungsmodalitäten der Wohn- und Pflegezentren für Senioren für die Jahre 2024 bis einschließlich 2029 fest.

Die aufgrund des vorliegenden Erlasses gewährte Finanzierung erfolgt in Form eines Pauschalzuschusses und wird den Begünstigten frühestens am 29. Juni 2024 als einmaliger Betrag ausgezahlt.

Art. 2 – Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses versteht man unter:

1. Dekret: das Dekret vom 13. Dezember 2018 über die Angebote für Senioren und Personen mit Unterstützungsbedarf sowie über die Palliativpflege;
2. Erlass vom 22. Juni 2001: der Erlass der Regierung vom 22. Juni 2001 zur Festlegung der Bemessungsgrundlagen für Personalzuschüsse im Sozial- und Gesundheitsbereich;
3. Erlass vom 20. Juni 2017: der Erlass der Regierung vom 20. Juni 2017 über die Mobilitätshilfen;
4. Erlass vom 25. Mai 2023: der Erlass der Regierung vom 25. Mai 2023 zur Bezuschussung der Infrastrukturvorhaben von Wohnstrukturen für Senioren;
5. Erlass vom 29. Februar 2024: der Erlass der Regierung vom 29. Februar 2024 zur Festlegung von Mindestpersonalnormen in Wohn- und Pflegezentren für Senioren;
6. Verwaltung: der für Senioren zuständige Fachbereich des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
7. Dienstleister: der Dienstleister eines Wohn- und Pflegezentrums für Senioren.

Art. 3 – §1 – Die Verwaltung prüft jedes Jahr, hiernach als „Jahr N+1“ bezeichnet, beziehungsweise zu den in Artikel 13 angegebenen Zeitpunkten die Verwendung der gemäß dem vorliegenden Erlass ausgezahlten Zuschüsse und die Einhaltung der Berechnungs- und Gewährungsbedingungen während des Jahres, das der Überprüfung vorausgeht, hiernach als „Jahr N“ bezeichnet, beziehungsweise während der in Artikel 13 erwähnten Zeiträume.

Auf der Grundlage dieser Überprüfung erstellt die Verwaltung für die Anwendung jedes Kapitels einen Bericht, aus dem hervorgeht, ob für das Jahr N ein Anrecht auf Nachzahlung oder eine Verpflichtung zur Rückzahlung besteht und übermittelt diesen Bericht dem betreffenden Dienstleister spätestens im Monat April des Jahres N+1.

Der Dienstleister kann innerhalb einer Frist von 30 Tagen ab Erstellung des Berichts Stellung hierzu beziehen und nötigenfalls weitere Nachweise und Belege über die Verwendung der Zuschüsse bei der Verwaltung einreichen.

§2 – Die Verwaltung erstellt auf Grundlage der gemäß §1 erstellten Berichte spätestens im August 2030 eine kapitelübergreifende Gesamtabrechnung über Ansprüche auf Nachzahlungen und Verpflichtungen zur Rückzahlung für den Zeitraum vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2029. Insofern hieraus hervorgeht, dass ein Anspruch auf Nachzahlung und gleichzeitig eine Verpflichtung zur Rückzahlung besteht, können die entsprechenden Beträge miteinander verrechnet werden. Der sich daraus ergebende Saldo wird zum 1. September 2030 von der Regierung nachgezahlt oder zurückgefordert.

§3 – Vorliegender Artikel ist nicht auf Kapitel 2 anwendbar.

KAPITEL 2 – ZUSCHUSS ZUR ANGLEICHUNG DER TAGESPAUSCHALE

Art. 4 – Der in Artikel 100 §2 Absatz 1 Nummer 1 des Dekrets erwähnte Zuschuss zur Angleichung der Tagespauschale ergibt sich aus der Differenz zwischen:

1. der im aufgrund von Artikel 100 §1 Absatz 3 des Dekrets abzuschließenden Vertrag vorgesehenen bewohnerbezogenen Bezuschussung einerseits;
2. der Multiplikation der in Artikel 5 vorgesehenen Tagespauschalen je Unterstützungskategorie bzw. für Kurzaufenthalte mit den jährlichen Anwesenheitstagen eines Wohn- und Pflegezentrums für Senioren unter Berücksichtigung der gemäß Artikel 25 des Dekrets definierten Unterstützungskapazität der Einrichtung andererseits.

Für die Anwendung von Absatz 1 berechnet sich der Zuschuss auf Grundlage einer Vollbelegung der Einrichtung während des gesamten Bezuschussungszeitraums vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2029.

Die in Absatz 1 Nummer 2 erwähnten Anwesenheitstage errechnen sich:

1. für die erhöhte Unterstützungskategorie durch die Multiplikation der jährlichen Öffnungstage des Wohn- und Pflegezentrums für Senioren mit der in Artikel 25 des Dekrets definierten Unterstützungskapazität für Senioren, denen eine erhöhte Unterstützungskategorie bescheinigt wird;
2. für die geringe Unterstützungskategorie durch die Multiplikation der jährlichen Öffnungstage des Wohn- und Pflegezentrums für Senioren mit der in Artikel 25 des Dekrets definierten Unterstützungskapazität für Senioren, denen eine geringe Unterstützungskategorie bescheinigt wird;
3. für die Kurzaufenthalte durch die Multiplikation der jährlichen Öffnungstage des Wohn- und Pflegezentrums für Senioren mit der in Artikel 25 des Dekrets definierten Unterstützungskapazität für Senioren, denen eine geringe Unterstützungskategorie bescheinigt wird und die einen Kurzaufenthalt wahrnehmen.

Art. 5 – Die Tagespauschale für die erhöhte Unterstützungskategorie wird für die Jahre 2024 bis 2029 wie folgt festgelegt:

1. für das Jahr 2024: 118,05 Euro;
2. für das Jahr 2025: 119,53 Euro;
3. für das Jahr 2026: 121,02 Euro;
4. für das Jahr 2027: 122,53 Euro;
5. für das Jahr 2028: 124,06 Euro;
6. für das Jahr 2029: 125,61 Euro.

Die Tagespauschale für die geringe Unterstützungskategorie wird für die Jahre 2024 bis 2029 wie folgt festgelegt:

1. für das Jahr 2024: 59,03 Euro;
2. für das Jahr 2025: 59,77 Euro;
3. für das Jahr 2026: 60,51 Euro;
4. für das Jahr 2027: 61,27 Euro;
5. für das Jahr 2028: 62,04 Euro;
6. für das Jahr 2029: 62,81 Euro.

Die Tagespauschale der Kurzaufenthalte wird für die Jahre 2024 bis 2029 wie folgt festgelegt:

1. für das Jahr 2024: 88,54 Euro;
2. für das Jahr 2025: 89,65 Euro;
3. für das Jahr 2026: 90,77 Euro;
4. für das Jahr 2027: 91,90 Euro;

5. für das Jahr 2028: 93,05 Euro;
6. für das Jahr 2029: 94,21 Euro.

Art. 6 – Die Verwaltung überprüft für jedes Quartal die tatsächlichen Anwesenheitstage auf Grundlage folgender den Senior betreffenden Informationen:

1. Name und Vorname;
2. Nationalregisternummer;
3. Geburtsdatum;
4. in Anspruch genommenes Angebot;
5. Vorhandensein einer Beratungsbescheinigung und Datum der Ausstellung;
6. Wert des BelRai Screeners und die dementsprechend zugewiesene Unterstützungskategorie sowie das Zuweisungsdatum der Unterstützungskategorie;
7. Einzugs- und ggf. Auszugsdatum.

Der Dienstleister teilt der Verwaltung die in Absatz 1 erwähnten Angaben spätestens am letzten Tag des Folgemonats des betreffenden Quartals mit. Für das letzte Quartal eines Jahres sind die Angaben bis zum folgenden 20. Januar mitzuteilen.

Art. 7 – Insofern aus der Überprüfung gemäß Artikel 6 hervorgeht, dass unter Berücksichtigung von Artikel 57 §3 des Dekrets über ein Jahr N keine Vollbelegung vorliegt oder die Aufteilung der Bewohner nicht der in Artikel 25 des Dekrets vorgesehenen Aufteilung entspricht, nimmt die Verwaltung eine entsprechende Berechnung auf Grundlage von Artikel 4 Absatz 1 vor. Die sich daraus ergebende etwaige Rückforderung für das Jahr N+1 ist bei der Erstellung des gemäß Artikel 100 §1 Absatz 3 des Dekrets vorgesehenen Jahresvertrags zu berücksichtigen.

KAPITEL 3 – PERSONALBEZOGENE BEZUSCHUSSUNG

Art. 8 – Für die Berechnung des in Artikel 100 §2 Absatz 1 Nummer 2 des Dekrets erwähnten personalbezogenen Zuschusses werden für jeden Dienstleister die aus den Artikeln 13.5 und 13.6 des Erlasses vom 22. Juni 2001 hervorgehenden Personalkosten berücksichtigt.

In Abweichung von Artikel 1 Absatz 2 Nummer 2 desselben Erlasses vom 22. Juni 2001 gilt Absatz 1 auch für Wohn- und Pflegezentren in öffentlicher Trägerschaft.

Art. 9 – Unter Vorbehalt der in Artikel 10 vorgesehenen Regularisierung gilt der Personalstamm eines Wohn- und Pflegezentrums für Senioren des Jahres 2022 als Grundlage der Berechnung der in Artikel 8 erwähnten Pauschalbezuschussung für die Jahre 2024 bis 2029.

Auf der in Absatz 1 erwähnten Grundlage wird für den dort erwähnten Zeitraum der Zuschuss für die jährlich anfallenden Personalkosten ab dem Jahr 2025 jedes Jahr mit pauschal 2 % beaufschlagt. Die Regierung legt jährlich einen Prozentsatz fest, mit dem der auf Grundlage von Absatz 1 berechnete Zuschuss definitiv indexiert wird und durch den Dienstleister als erworben gilt.

Art. 10 – Die Verwaltung überprüft spätestens im Monat Februar eines jeden Jahres N+1 die Übereinstimmung zwischen dem aufgrund von Artikel 9 festgehaltenen Personalstamm und der entsprechenden Bezuschussung gemäß den Artikeln 8 und 9 mit dem tatsächlichen Personalstamm des Jahres N. Das definitive Anrecht auf den Zuschuss ergibt sich aus der Anwendung der Artikel 8 und 9 Absatz 1 auf den tatsächlichen Personalstamm des Jahres N. Das definitive Anrecht auf die in Artikel 9 Absatz 2 erwähnte Indexierung ergibt sich aus

der Differenz zwischen der auf den Zuschuss angewendeten Pauschalindexierung und dem von der Regierung festgelegten Prozentsatz.

In Anwendung von Artikel 3 §1 erstellt die Verwaltung einen Bericht darüber, ob:

1. aufgrund der Berechnung der definitiven personalbezogenen Bezuschussung für ein Jahr N in Anwendung von Artikel 13.5 und Artikel 13.6 des Erlasses vom 22. Juni 2001 der Zuschuss erhöht oder reduziert werden muss;

2. ein Personalmitglied eine oder mehrere der Bedingungen zum Erhalt einer der Prämien für besondere Berufsbezeichnungen und besondere Berufsqualifikationen gemäß Artikel 13.5 des Erlasses vom 22. Juni 2001 oder zum Erhalt der Vorteile des Laufbahnendes gemäß Artikel 13.6 desselben Erlasses im Jahr N nicht erfüllt und der Zuschuss entsprechend zurückgefordert werden muss;

3. der Dienstleister die Bedingung des Ersatzes von Freistellungsstunden im Rahmen der Vorteile des Laufbahnendes gemäß Artikel 13.6 des Erlasses vom 22. Juni 2001 im Jahr N nicht erfüllt und der Zuschuss entsprechend zurückgefordert werden muss;

4. der sich aus der Verrechnung der Pauschalindexierung und der von der Regierung festzulegenden Indexierung gemäß Artikel 9 Absatz 2 ergebende Betrag nachgezahlt oder zurückgefordert werden muss.

Art. 11 – Die in Artikel 10 §1 vorgesehene Überprüfung erfolgt auf Grundlage folgender das Personal eines Dienstleisters betreffende Angaben:

1. Name und Vorname;
2. Nationalregisternummer;
3. Geburtsdatum;
4. Geschlecht;
5. Titel oder Qualifikation samt Datum der Anerkennung;
6. Vertragsbeginn;
7. Angaben über die vertraglich zu leistenden wöchentlichen Stunden;
8. Angaben über Zeitpunkt, Art und Umfang geleisteter Stunden.

Der Dienstleister teilt der Verwaltung für jedes Quartal die in Absatz 1 erwähnten Angaben spätestens am letzten Tag des Folgemonats des betreffenden Quartals mit. Für das letzte Quartal eines Jahres sind die Angaben bis zum folgenden 20. Januar mitzuteilen.

KAPITEL 4 – BEZUSCHUSSUNG FÜR MOBILITÄTSHILFEN

Art. 12 – Für die Anwendung von Artikel 100 §2 Absatz 1 Nummer 3 des Dekrets wird der in Artikel 47 des Erlasses vom 20. Juni 2017 erwähnte Pauschalzuschuss für die Jahre 2024 bis 2029 als einmaliger Zuschuss gewährt.

Für die Berechnung dieses Pauschalzuschusses wird die am 1. Januar 2024 genehmigte Betreuungskapazität eines Wohn- und Pflegezentrums für Senioren berücksichtigt.

Art. 13 – Für die Anwendung von Artikel 48 des Erlasses vom 20. Juni 2017 reicht der Dienstleister alle sachdienlichen Belege über die Verwendung des in Artikel 12 erwähnten Pauschalzuschuss im Januar 2026 und im Januar 2029 bei der Verwaltung ein.

Art. 14 – In Anwendung von Artikel 3 §1 erstellt die Verwaltung einen Bericht darüber, ob:

1. der ggf. nicht für die Anschaffung, die Erneuerung, die Ausleihe und den Unterhalt von Standardhilfsmitteln genutzte Teil des Zuschussbetrags zurückgefordert werden muss, wenn aus den gemäß Artikel 13 eingereichten Belegen hervorgeht, dass das Wohn- und

Pflegezentrum für Senioren innerhalb der dreijährigen Zeiträume 2023-2025 und 2026-2028 weniger als 90 % des gesamten Zuschussbetrags für diese Zwecke aufgewendet hat;

2. die Anwendung von Artikel 47 Absatz 2 des Erlasses vom 20. Juni 2017 dazu führt, dass der jährlich anfallende Zuschussbetrag im Jahr N erhöht und demnach nachgezahlt werden muss.

KAPITEL 5 – ZUSCHUSS FÜR ALLTAGSBEGLEITER

Abschnitt 1 – In der Einrichtung tätige Alltagsbegleiter

Art. 15 – Für die Berechnung des in Artikel 100 §2 Absatz 1 Nummer 4 des Dekrets erwähnten Zuschusses für Alltagsbegleiter in Funktion werden für jeden Dienstleister die Personalkosten gemäß dem Erlass vom 22. Juni 2001 berücksichtigt.

In Abweichung von Artikel 1 Absatz 2 Nummer 2 desselben Erlasses vom 22. Juni 2001 gilt Absatz 1 für die Berechnung des Pauschalzuschusses auch für Wohn- und Pflegezentren in öffentlicher Trägerschaft. Für die Berechnung des erworbenen Zuschusses gelten die zu dem Zeitpunkt anwendbaren Gehaltstabellen für öffentliche Einrichtungen.

Unter Vorbehalt der in Artikel 16 vorgesehenen Regularisierung wird für die Berechnung der Personalkosten die in Anhang I Nummer 8 desselben Erlasses vom 22. Juni 2001 vorgesehene Tabelle in Vollzeit mit einem Dienstalster von 10 Jahren berücksichtigt.

Zur Berechnung der Anzahl notwendiger Alltagsbegleiter gelten die in Artikel 10 und Artikel 13 des Erlasses vom 29. Februar 2024 vorgesehenen Vorgaben, wobei für das deutsche Sprachgebiet die Gesamtzahl bezuschussbarer Alltagsbegleiter in Funktion auf 54 begrenzt wird.

Der gemäß den Absätzen 1 bis 4 berechnete Pauschalbetrag wird darüber hinaus wie folgt indexiert:

1. für das Jahr 2025 wird der Basisbruttolohn in Abweichung von Artikel 2 Absatz 5 des Erlasses vom 22. Juni 2001 mit einem Koeffizienten von 2,1223 multipliziert;

2. ab dem Jahr 2026 wird der Basisbruttolohn in Abweichung von Artikel 2 Absatz 5 des Erlasses vom 22. Juni 2001 mit einem Koeffizienten von 2,1223 multipliziert und jedes Jahr pauschal um zusätzliche 2 % indexiert. Die Regierung legt jährlich einen Prozentsatz fest, mit dem der auf Grundlage der Absätze 1 bis 4 berechnete Zuschuss definitiv indexiert wird und durch den Dienstleister als erworben gilt.

Art. 16 – Die Verwaltung überprüft spätestens im Monat Februar eines jeden Jahres N+1 die Übereinstimmung zwischen dem aufgrund von Artikel 15 errechneten Zuschuss für in der Einrichtung tätige Alltagsbegleiter mit den tatsächlich beschäftigten Alltagsbegleitern und ihrer tatsächlichen Berufserfahrung im Jahr N. Das definitive Anrecht auf den Zuschuss ergibt sich aus der Anwendung des Artikels 15 Absätze 1 bis 4 auf die tatsächlich beschäftigten Alltagsbegleiter und ihrer tatsächlichen Berufserfahrung im Jahr N. Das definitive Anrecht auf die in Artikel 15 Absatz 5 erwähnte Indexierung ergibt sich aus der Differenz zwischen der auf den Zuschuss angewendeten Pauschalindexierung und dem von der Regierung festgelegten Prozentsatz.

In Anwendung von Artikel 3 §1 erstellt die Verwaltung einen Bericht darüber, ob:

1. der Alltagsbegleiter im Jahr N von der Berechnung abweichende gemäß dem Erlass vom 22. Juni 2001 anerkannte Dienstjahre aufweist oder in einem von der Berechnung abweichenden Arbeitszeitregime arbeitet und der Zuschuss entsprechend erhöht oder zurückgefordert werden muss;

2. der sich aus der Verrechnung der Pauschalindexierung und der von der Regierung festzulegenden Indexierung gemäß Artikel 15 Absatz 5 ergebende Betrag nachgezahlt oder zurückgefordert werden muss.

Art. 17 – Zwecks Überprüfung gemäß Artikel 16 reicht der Dienstleister bis zum 31. Dezember 2024 sowie bei jeder Neueinstellung den zwischen dem Dienstleister und dem Alltagsbegleiter abgeschlossenen Arbeitsvertrag ein, in dem die Funktion, das berücksichtigte Dienstalter, der Arbeitsbeginn und das Arbeitszeitregime festgehalten werden.

Der Dienstleister teilt jegliche Änderung in Bezug auf das Beschäftigungsverhältnis mit dem jeweiligen Alltagsbegleiter unverzüglich der Verwaltung mit.

Abschnitt 2 – Alltagsbegleiter in Ausbildung

Art. 18 – Für die Berechnung des in Artikel 100 §2 Absatz 1 Nummer 4 des Dekrets erwähnten Zuschusses für Alltagsbegleiter in Ausbildung werden für jeden Dienstleister die Personalkosten gemäß dem Erlass vom 22. Juni 2001 berücksichtigt.

In Abweichung von Artikel 1 Absatz 2 Nummer 2 desselben Erlasses vom 22. Juni 2001 gilt Absatz 1 auch für Wohn- und Pflegezentren in öffentlicher Trägerschaft. Für die Berechnung des erworbenen Zuschusses gelten die zu dem Zeitpunkt anwendbaren Gehaltstabellen für öffentliche Einrichtungen.

Unter Vorbehalt der in Artikel 19 vorgesehenen Regularisierung wird für die Berechnung der Personalkosten die in Anhang I Nummer 2 desselben Erlasses vom 22. Juni 2001 vorgesehene Tabelle in Vollzeit mit einem Dienstalter von 10 Jahren berücksichtigt.

Zur Berechnung der Anzahl notwendiger Alltagsbegleiter gilt, dass sich pro Wohnbereich eines Wohn- und Pflegezentrums für Senioren zwei Alltagsbegleiter in Ausbildung befinden. Überdies gelten die in Artikel 10 und 13 des Erlasses vom 29. Februar 2024 vorgesehenen Vorgaben, wobei für das deutsche Sprachgebiet die Gesamtzahl bezuschussbarer Alltagsbegleiter in Ausbildung auf 54 begrenzt wird.

Der gemäß den Absätzen 1 bis 4 berechnete Pauschalbetrag wird darüber hinaus wie folgt indexiert:

1. für das Jahr 2025 wird der Basisbruttolohn in Abweichung von Artikel 2 Absatz 5 des Erlasses vom 22. Juni 2001 mit einem Koeffizienten von 2,1223 multipliziert;
2. ab dem Jahr 2026 wird der Basisbruttolohn in Abweichung von Artikel 2 Absatz 5 des Erlasses vom 22. Juni 2001 mit einem Koeffizienten von 2,1223 multipliziert und jedes Jahr pauschal um zusätzliche 2% indexiert. Die Regierung legt jährlich einen Prozentsatz fest, mit dem der auf Grundlage der Absätze 1 bis 4 berechnete Zuschuss definitiv indexiert wird, durch den Dienstleister als erworben gilt.

Art. 19 – Die Verwaltung überprüft spätestens im Monat Februar eines jeden Jahres N+1 die Übereinstimmung zwischen dem aufgrund von Artikel 18 errechneten Zuschuss für Alltagsbegleiter in Ausbildung mit den tatsächlich vorhandenen Alltagsbegleitern und ihrer tatsächlichen Berufserfahrung im Jahr N. Das definitive Anrecht auf den Zuschuss ergibt sich aus der Anwendung des Artikels 18 Absätze 1 bis 4 auf die tatsächlich vorhandenen Alltagsbegleiter und ihrer tatsächlichen Berufserfahrung im Jahr N+1. Das definitive Anrecht auf die in Artikel 18 Absatz 5 erwähnte Indexierung ergibt sich aus der Differenz zwischen der auf den Zuschuss angewendeten Pauschalindexierung und dem von der Regierung festgelegten Prozentsatz.

In Anwendung von Artikel 3 §1 erstellt die Verwaltung einen Bericht darüber, ob:

1. der Alltagsbegleiter in Ausbildung im Jahr N von der Berechnung abweichende gemäß dem Erlass vom 22. Juni 2001 anerkannte Dienstjahre aufweist oder in einem von der Berechnung abweichenden Arbeitszeitregime arbeitet und der Zuschuss entsprechend erhöht oder zurückgefordert werden muss;
2. der sich aus der Verrechnung der Pauschalindexierung und der von der Regierung festzulegenden Indexierung gemäß Artikel 18 Absatz 5 ergebende Betrag nachgezahlt oder zurückgefordert werden muss.

Art. 20 – Zwecks Überprüfung gemäß Artikel 19 reicht der Dienstleister bis zum 31. Dezember 2024 sowie bei jeder Neueinstellung den zwischen dem Dienstleister und dem Alltagsbegleiter in Ausbildung abgeschlossenen Arbeitsvertrag ein, in dem die Funktion, das berücksichtigte Dienstalster, der Arbeitsbeginn und das Arbeitszeitregime festgehalten wird.

Der Dienstleister teilt jegliche Änderung in Bezug auf das Beschäftigungsverhältnis mit dem jeweiligen Alltagsbegleiter unverzüglich der Verwaltung mit.

KAPITEL 6 – ZUSCHUSS FÜR AUSSTATTUNGEN

Art 21 – Die Gewährung des in Artikel 100 §2 Absatz 1 Nummer 5 des Dekrets erwähnten Pauschalzuschusses für Ausstattungsgegenstände unterliegt den in Artikel 3 §2 des Erlasses vom 25. Mai 2023 festgelegten Bedingungen.

Art. 22 – Für die Anwendung von Artikel 21 und zwecks Berechnung dieses Pauschalzuschusses für die Jahre 2025 bis 2029 wird der in Artikel 3 §2 Absatz 2 des Erlasses vom 25. Mai 2023 vorgesehene Zeitraum von 20 Jahren in Zeiträume von 5 Jahren unterteilt.

Für den Zeitraum von 2025 bis 2029 beträgt der höchstbezuschussbarer Zuschuss 1.000 Euro pro Platz eines Wohn- und Pflegezentrums für Senioren, wobei die bezuschussbaren Höchstkosten der Anwendung von Artikel 43 des Dekrets vom 18. März 2002 zur Infrastruktur unterliegen und mit der jeweils geltenden Mehrwertsteuer beaufschlagt werden.

Dieser Betrag wird ab 2025 jedes Jahr bis 2029 pauschal um 2 % indexiert. Artikel 3 §2 Absatz 3 Erlasses vom 25. Mai 2023 ist jährlich anwendbar auf den nicht abgerufenen Teil des Zuschusses. Sobald dieser abgerufen wurde, ist die dort erwähnte Indexierung durch den Dienstleister definitiv erworben.

Art. 23 – Der Erwerb von Ausstattung durch den Dienstleister unterliegt der anwendbaren Gesetzgebung im Bereich der öffentlichen Auftragsvergabe.

Zwecks Überprüfung der Verwendung des Pauschalzuschusses reicht der Dienstleister jährlich bis zum 20. Januar des Jahres N+1 folgende Unterlagen bei der Verwaltung ein:

1. eine detaillierte Beschreibung der erworbenen Ausstattung sowie einen Nützlichkeits- und Bedarfsnachweis;
2. einen Nachweis, dass der Erwerb der Ausstattung unter Berücksichtigung der in Absatz 1 erwähnten Bestimmungen getätigt wurde;
3. den Beleg für die eventuelle Absetzbarkeit der Mehrwertsteuer;
4. die Rechnung der erworbenen Ausstattung und einen Zahlungsnachweis.

In Anwendung von Artikel 3 §1 erstellt die Verwaltung einen Bericht darüber, ob aus der in Absatz 2 vorgesehenen Überprüfung hervorgeht, dass die in Absatz 1 oder die in Artikel 3 §1 des Erlasses vom 25. Mai 2023 vorgesehenen Bedingungen nicht eingehalten wurden. Ist dies der Fall, gelten die hierfür aufgewendeten Beträge als nicht-abgerufener Teil des

Zuschusses. Der Dienstleister ist zur Rückzahlung des am Ende des in Artikel 3 §2 erwähnten Zeitraums nicht-abgerufenen Teils des Zuschusses verpflichtet.

KAPITEL 7 – ZUSCHUSS FÜR DIE FINANZIERUNG VON ZUSÄTZLICHEM PERSONAL

Abschnitt 1 – Zusätzliches Personal

Art. 24 – Der in Artikel 100 §2 Absatz 1 Nummer 7 des Dekrets erwähnte Zuschuss dient der Beteiligung von Kosten für die Einstellung und Beschäftigung:

1. einer Wohnbereichshilfe im Sinne von Artikel 15 des Erlasses vom 29. Februar 2024;
2. von Pflegehelfern zur Einhaltung der in Artikel 21 desselben Erlasses vom 29. Februar 2024 vorgesehenen Bedingungen.

Der Zuschuss für die Beteiligung an den Personalkosten der Wohnbereichshilfe unterliegt den in Abschnitt 2 festgelegten Modalitäten. Der Zuschuss für die Beteiligung an den Personalkosten des Pflegehelfers unterliegt den in Abschnitt 3 festgelegten Modalitäten.

Abschnitt 2 – Wohnbereichshilfen

Art. 25 – Der Dienstleister erhält für die Einstellung und Beschäftigung einer vollzeit-äquivalenten Wohnbereichshilfe einen Pauschalzuschuss von 59.878 Euro pro Jahr für den Zeitraum 2024 bis 2029, wobei für das deutsche Sprachgebiet die Gesamtzahl bezuschussbarer Wohnbereichshilfen auf 27 begrenzt wird.

Art. 26 – Zwecks Überprüfung der tatsächlichen Beschäftigung und des Beschäftigungssatzes der Wohnbereichshilfe reicht der Dienstleister bis zum 31. Dezember 2024 sowie bei jeder Neueinstellung den zwischen dem Dienstleister und der Wohnbereichshilfe abgeschlossenen Arbeitsvertrag bei der Verwaltung ein, in dem die Funktion, das berücksichtigte Dienstalter, der Arbeitsbeginn und das Arbeitszeitregime festgehalten werden.

In Anwendung von Artikel 3 §1 erstellt die Verwaltung einen Bericht darüber, ob die in Artikel 25 festgelegten Bedingungen nicht erfüllt sind und der Zuschuss entsprechend erhöht oder zurückgefordert werden muss.

Abschnitt 3 – Personalbesetzung durch Pflegehelfer zwischen 21:00 und 7:00 Uhr

Art. 27 – Für die Berechnung des Zuschusses für die in Artikel 24 Absatz 1 Nummer 2 erwähnten Pflegehelfer werden für jeden Dienstleister die Personalkosten gemäß dem Erlass vom 22. Juni 2001 berücksichtigt.

In Abweichung von Artikel 1 Absatz 2 Nummer 2 desselben Erlasses vom 22. Juni 2001 gilt Absatz 1 auch für Wohn- und Pflegezentren in öffentlicher Trägerschaft. Für die Berechnung des erworbenen Zuschusses gelten die zu dem Zeitpunkt anwendbaren Gehaltstabellen für öffentliche Einrichtungen.

Unter Vorbehalt der in Artikel 28 vorgesehenen Regularisierung wird für die Berechnung der Personalkosten die in Anhang I Nummer 9 desselben Erlasses vom 22. Juni 2001 vorgesehene Tabelle in Vollzeit mit einem Dienstalter von 10 Jahren berücksichtigt.

Zur Berechnung der Anzahl notwendiger Pflegehelfer zwischen 21:00 und 7:00 Uhr gelten die in Artikel 21 des Erlasses vom 29. Februar 2024 vorgesehenen Vorgaben.

Der gemäß den Absätzen 1 bis 4 berechnete Pauschalbetrag wird darüber hinaus wie folgt indexiert:

1. für das Jahr 2025 wird der Basisbruttolohn in Abweichung von Artikel 2 Absatz 5 des Erlasses vom 22. Juni 2001 mit einem Koeffizienten von 2,1223 multipliziert;

2. ab dem Jahr 2026 wird der Basisbruttolohn in Abweichung von Artikel 2 Absatz 5 des Erlasses vom 22. Juni 2001 mit einem Koeffizienten von 2,1223 multipliziert und jedes Jahr pauschal um zusätzliche 2 % indexiert. Die Regierung legt jährlich einen Prozentsatz fest, mit dem der auf Grundlage der Absätze 1 bis 4 berechnete Zuschuss definitiv indexiert wird und durch den Dienstleister als erworben gilt.

Art. 28 – Die Verwaltung überprüft spätestens im Monat Februar eines jeden Jahres N+1 die Übereinstimmung zwischen dem aufgrund von Artikel 27 errechneten Zuschuss für den in Artikel 24 Absatz 1 Nummer 2 erwähnten Pflegehelfer mit den tatsächlich eingesetzten Pflegehelfern und ihrer tatsächlichen Berufserfahrung im Jahr N. Das definitive Anrecht auf den Zuschuss ergibt sich aus der Anwendung des Artikels 27 Absätze 1 bis 4 auf die tatsächlich für die Gewährleistung von Artikel 21 des Erlasses der Regierung vom 29. Februar 2024 eingesetzten Pflegehelfer und ihrer tatsächlichen Berufserfahrung im Jahr N. Das definitive Anrecht auf die in Artikel 27 Absatz 5 erwähnte Indexierung ergibt sich aus der Differenz zwischen der auf den Zuschuss angewendeten Pauschalindexierung und dem von der Regierung festgelegten Prozentsatz.

In Anwendung von Artikel 3 §1 erstellt die Verwaltung einen Bericht darüber, ob:

1. der Pflegehelfer im Jahr N von der Berechnung abweichende gemäß dem Erlass vom 22. Juni 2001 anerkannte Dienstjahre aufweist, nicht für die Gewährleistung von Artikel 21 des Erlasses der Regierung vom 29. Februar 2024 eingesetzt worden ist oder in einem von der Berechnung abweichenden Arbeitszeitregime arbeitet und der Zuschuss entsprechend erhöht oder zurückgefordert werden muss;

2. der sich aus der Verrechnung der Pauschalindexierung und der von der Regierung festzulegenden Indexierung gemäß Artikel 27 Absatz 5 ergebende Betrag nachgezahlt oder zurückgefordert werden muss.

Art. 29 – Zwecks Überprüfung gemäß Artikel 28 reicht der Dienstleister bis zum 31. Dezember 2024 sowie bei jeder Neueinstellung den zwischen dem Dienstleister und dem Pflegehelfer abgeschlossenen Arbeitsvertrag ein, in dem die Funktion, das berücksichtigte Dienstalter, der Arbeitsbeginn, die Arbeitszeiten und das Arbeitszeitregime festgehalten werden.

Der Dienstleister teilt jegliche Änderung in Bezug auf das Beschäftigungsverhältnis mit dem jeweiligen Pflegehelfer unverzüglich der Verwaltung mit.

KAPITEL 8 – SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 30 – In Artikel 47 Absatz 1 des Erlasses der Regierung vom 20. Juni 2017 über die Mobilitätshilfen, abgeändert durch den Erlass vom 27. Mai 2021, wird die Wortfolge „jährlich einen“ durch die Wortfolge „einen mehrjährigen“ ersetzt.

Art. 31 – Vorliegender Erlass tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2024 in Kraft.

Art. 32 – Der Minister für Seniorenpolitik wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

**Antonios
Antoniadis** Digital unterschrieben
von Antonios Antoniadis
Datum: 2024.04.25
13:41:23 +02'00'

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen
A. ANTONIADIS

REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[Nummer Erlassregister]

**Voorontwerp van een besluit van de Regering tot vaststelling van bepaalde financieringsregels
voor woonzorgcentra voor ouderen voor de jaren 2024 tot 2029**

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op het decreet van 13 december 2018 betreffende het aanbod aan diensten voor ouderen en personen met ondersteuningsbehoefte, alsook betreffende palliatieve zorg, artikel 79, § 3, en artikel 100, § 2, vijfde lid, vervangen bij het decreet van 8 mei 2024;

Gelet op het besluit van de Regering van 20 juni 2017 betreffende mobiliteitshulpmiddelen;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op [datum];

Gelet op de akkoordbevinding van de Minister-President, bevoegd voor Begroting, d.d. [datum];

Gelet op het advies van de Adviescommissie voor de ondersteuning van ouderen, gegeven op [datum];

Gelet op advies [nummer] van de Gegevensbeschermingsautoriteit, gegeven op [datum];

Gelet op advies [nummer] van de Raad van State, gegeven op [datum], met toepassing van artikel 84, § 1, eerste lid, 2°, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

Overwegende het besluit van 25 mei 2023 tot subsidiëring van de infrastructuurprojecten inzake woonstructuren voor ouderen;

Overwegende het besluit van 29 februari 2024 tot bepaling van minimale personeelsnormen in woonzorgcentra voor ouderen;

Op de voordracht van de minister bevoegd voor het Ouderenbeleid;

Na beraadslaging,

Besluit:

HOOFDSTUK 1 – ALGEMENE BEPALINGEN

Artikel 1 – Dit besluit stelt bepaalde financieringsregels voor de woonzorgcentra voor ouderen voor de jaren 2024 tot en met 2029 vast ter uitvoering van artikel 100, § 2, van het decreet van 13 december 2018 betreffende het aanbod aan diensten voor ouderen en personen met ondersteuningsbehoefte, alsook betreffende palliatieve zorg.

De financiering die op grond van dit besluit wordt toegekend, geschiedt in de vorm van een forfaitaire subsidie en wordt ten vroegste op 29 juni 2024 als eenmalig bedrag aan de begunstigden uitbetaald.

Art. 2 – Voor de toepassing van dit besluit wordt verstaan onder:

1° decreet: het decreet van 13 december 2018 betreffende het aanbod aan diensten voor ouderen en personen met ondersteuningsbehoefte, alsook betreffende palliatieve zorg;

2° besluit van 22 juni 2001: het besluit van de Regering van 22 juni 2001 tot vaststelling van de berekeningsgrondslagen voor de subsidiëring van de personeelskosten in de sectoren "sociale aangelegenheden" en "gezondheid";

3° besluit van 20 juni 2017: het besluit van de Regering van 20 juni 2017 betreffende mobiliteitshulpmiddelen;

4° besluit van 25 mei 2023: het besluit van de Regering van 25 mei 2023 tot subsidiëring van de infrastructuurprojecten inzake woonstructuren voor ouderen;

5° besluit van 29 februari 2024: het besluit van de Regering van 29 februari 2024 tot bepaling van minimale personeelsnormen in woonzorgcentra voor ouderen;

6° administratie: het departement Ouderen van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap;

7° dienstverrichter: de dienstverrichter van een woonzorgcentrum voor ouderen.

Art. 3 – § 1 – Elk jaar, hierna: jaar N+1, dan wel op de tijdstippen vermeld in artikel 13, controleert de administratie de benutting van de overeenkomstig dit besluit uitbetaalde subsidies en de naleving van de voorwaarden voor de berekening en de toekenning tijdens het aan de controle voorafgaande jaar, hierna: jaar N, respectievelijk tijdens de perioden vermeld in artikel 13.

Op basis van die controle stelt de administratie voor de toepassing van elk hoofdstuk een verslag op waaruit blijkt of er voor het jaar N een recht op nabetaling dan wel een verplichting tot terugbetaling bestaat, en de administratie bezorgt dat verslag uiterlijk in de maand april van het jaar N+1 aan de betrokken dienstverrichter.

Binnen een termijn van dertig dagen, te rekenen vanaf de datum van het verslag, kan de dienstverrichter zijn standpunt daaromtrent te kennen geven en, indien nodig, aanvullende bewijzen en bewijsstukken over de benutting van de subsidies indienen bij de administratie.

§ 2 – Op basis van de overeenkomstig paragraaf 1 opgestelde verslagen stelt de administratie uiterlijk in augustus 2030 een hoofdstukoverschrijdende eindafrekening op over de rechten op nabetaling en de verplichtingen tot terugbetaling voor de periode van 1 januari 2024 tot en met 31 december 2029. Voor zover daaruit blijkt dat er een recht op nabetaling en tegelijk een verplichting tot terugbetaling bestaat, kunnen de overeenkomstige bedragen met elkaar worden verrekend. De Regering zal het daaruit voortvloeiende saldo op 1 september 2030 nabetalen of terugvorderen.

§ 3 – Dit artikel is niet van toepassing op hoofdstuk 2.

HOOFDSTUK 2 – SUBSIDIE TER HARMONISERING VAN DE DAGFORFAITS

Art. 4 – De subsidie ter harmonisering van de dagforfaits die in artikel 100, § 2, eerste lid, 1°, van het decreet wordt vermeld, is het verschil tussen:

1° enerzijds, de bewonersgerichte subsidiëring bepaald in de overeenkomst die op grond van artikel 100, § 1, derde lid, van het decreet moet worden gesloten;

2° anderzijds, de vermenigvuldiging van de in artikel 5 vermelde dagforfaits voor de ondersteuningscategorie of voor kortverblijven met de jaarlijkse aanwezigheidsdagen van een woonzorgcentrum voor ouderen, rekening houdend met de ondersteuningscapaciteit van de instelling, die wordt bepaald overeenkomstig artikel 25 van het decreet.

Voor de toepassing van het eerste lid wordt de subsidie berekend op basis van een volledige bezetting van de instelling gedurende de gehele subsidieperiode van 1 januari 2024 tot en met 31 december 2029.

De aanwezigheidsdagen vermeld in het eerste lid, 2°, worden berekend:

1° voor de categorie 'extra ondersteuning', door de jaarlijkse openingsdagen van het woonzorgcentrum voor ouderen te vermenigvuldigen met de in artikel 25 van het decreet bepaalde ondersteuningscapaciteit voor ouderen aan wie de categorie 'extra ondersteuning' is toegekend;

2° voor de categorie 'geringe ondersteuning', door de jaarlijkse openingsdagen van het woonzorgcentrum voor ouderen te vermenigvuldigen met de in artikel 25 van het decreet bepaalde ondersteuningscapaciteit voor ouderen aan wie de categorie 'geringe ondersteuning' is toegekend;

3° voor de kortverblijven, door de jaarlijkse openingsdagen van het woonzorgcentrum voor ouderen te vermenigvuldigen met de in artikel 25 van het decreet bepaalde ondersteuningscapaciteit voor ouderen aan wie de categorie 'geringe ondersteuning' is toegekend en die gebruikmaken van een kortverblijf.

Art. 5 – Het dagforfait voor de categorie 'extra ondersteuning' wordt voor de jaren 2024 tot 2029 als volgt vastgesteld:

1° voor het jaar 2024: 118,05 euro;

2° voor het jaar 2025: 119,53 euro;

3° voor het jaar 2026: 121,02 euro;

4° voor het jaar 2027: 122,53 euro;

5° voor het jaar 2028: 124,06 euro;

6° voor het jaar 2029: 125,61 euro.

Het dagforfait voor de categorie 'geringe ondersteuning' wordt voor de jaren 2024 tot 2029 als volgt vastgesteld:

1° voor het jaar 2024: 59,03 euro;

2° voor het jaar 2025: 59,77 euro;

3° voor het jaar 2026: 60,51 euro;

4° voor het jaar 2027: 61,27 euro;

5° voor het jaar 2028: 62,04 euro;

6° voor het jaar 2029: 62,81 euro.

Het dagforfait voor de kortverblijven wordt voor de jaren 2024 tot 2029 als volgt vastgesteld:

1° voor het jaar 2024: 88,54 euro;

2° voor het jaar 2025: 89,65 euro;

3° voor het jaar 2026: 90,77 euro;

4° voor het jaar 2027: 91,90 euro;

5° voor het jaar 2028: 93,05 euro;

6° voor het jaar 2029: 94,21 euro.

Art. 6 – De administratie controleert de werkelijke aanwezigheidsdagen voor elk kwartaal op basis van de volgende gegevens over de oudere:

- 1° naam en voornaam;
- 2° rijksregisternummer;
- 3° geboortedatum;
- 4° gebruikt aanbod;
- 5° het bestaan van een adviesattest en de datum van afgifte ervan;
- 6° waarde van de BelRAI-screener en de dienovereenkomstig toegewezen ondersteuningscategorie, alsook toewijzingsdatum van de ondersteuningscategorie;
- 7° aankomstdatum en, indien van toepassing, vertrekdatum.

Uiterlijk op de laatste dag van de maand die volgt op het kwartaal in kwestie deelt de dienstverrichter de gegevens vermeld in het eerste lid mee aan de administratie. De gegevens betreffende het laatste kwartaal van een jaar moeten uiterlijk op 20 januari van het daaropvolgende jaar worden meegedeeld.

Art. 7 – Indien uit de overeenkomstig artikel 6 uitgevoerde controle blijkt dat er, rekening houdend met artikel 57, § 3, van het decreet, voor een jaar N geen volledige bezetting is of dat de indeling van de bewoners niet overeenstemt met de indeling bepaald in artikel 25 van het decreet, maakt de administratie een overeenkomstige berekening op basis van artikel 4, eerste lid. Met de daaruit voortvloeiende terugvordering voor het jaar N+1 moet rekening worden gehouden bij het opstellen van de jaarovereenkomst overeenkomstig artikel 100, § 1, derde lid, van het decreet.

HOOFDSTUK 3 – PERSONEELSGERICHTE SUBSIDIERING

Art. 8 – Voor de berekening van de personeelsgerichte subsidie vermeld in artikel 100, § 2, eerste lid, 2°, van het decreet wordt voor elke dienstverrichter rekening gehouden met de personeelskosten die voortvloeien uit de artikelen 13.5 en 13.6 van het besluit van 22 juni 2001.

In afwijking van artikel 1, tweede lid, 2°, van hetzelfde besluit van 22 juni 2001 is het eerste lid ook van toepassing op woonzorgcentra van publiekrechtelijke organen.

Art. 9 – Onder voorbehoud van de regularisatie bepaald in artikel 10 wordt de personeelsstam van een woonzorgcentrum voor ouderen van het jaar 2022 als basis genomen voor de berekening van de in artikel 8 vermelde forfaitaire subsidiëring voor de jaren 2024 tot 2029.

De in het eerste lid vermelde basis voor de jaarlijkse personeelskosten wordt voor de daarin genoemde periode vanaf 2025 jaarlijks verhoogd met een vast percentage van 2%. De Regering bepaalt jaarlijks een percentage voor de definitieve indexering van de subsidie die werd berekend op basis van het eerste lid en voor de dienstverrichter als verworven geldt.

Art. 10 – Uiterlijk in februari van elk jaar N+1 controleert de administratie de overeenstemming tussen de op basis van artikel 9 bepaalde personeelsstam en de overeenkomstige subsidiëring overeenkomstig de artikelen 8 en 9, en de werkelijke personeelsstam van het jaar N. Het definitieve recht op de subsidie vloeit voort uit de toepassing van artikel 8 en artikel 9, eerste lid, op de werkelijke personeelsstam van het jaar N. Het definitieve recht op de indexering vermeld in artikel 9, tweede lid, vloeit voort uit het verschil tussen de op de subsidie toegepaste forfaitaire indexering en het door de Regering vastgestelde percentage.

Met toepassing van artikel 3, § 1, stelt de administratie een verslag op over het feit of:

1° de subsidie met toepassing van artikel 13.5 en artikel 13.6 van het besluit van 22 juni 2001 verhoogd of verlaagd moet worden op grond van de berekening van de definitieve personeelsgerichte subsidiëring voor een jaar N;

2° een personeelslid in het jaar N niet voldoet aan een of meer van de voorwaarden voor het krijgen van een van de premies voor bijzondere beroepstitels en bijzondere beroepskwalificaties overeenkomstig artikel 13.5 van het besluit van 22 juni 2001 of voor het krijgen van de eindeloopbaanvoordelen overeenkomstig artikel 13.6 van hetzelfde besluit en de subsidie dienovereenkomstig teruggevorderd moet worden;

3° de dienstverrichter in het jaar N niet voldoet aan de voorwaarden van de vervanging van vrijgestelde uren in het kader van de eindeloopbaanvoordelen overeenkomstig artikel 13.6 van het besluit van 22 juni 2001 en de subsidie dienovereenkomstig teruggevorderd moet worden;

4° het bedrag dat overeenkomstig artikel 9, tweede lid, voortvloeit uit de verrekening van de forfaitaire indexering en de door de Regering te bepalen indexering, nabetaald of teruggevorderd moet worden.

Art. 11 – De controle bepaald in artikel 10, § 1, geschiedt op grond van de volgende gegevens over het personeel van een dienstverrichter:

1° naam en voornaam;

2° rijksregisternummer;

3° geboortedatum;

4° geslacht;

5° titel of kwalificatie + datum van de erkenning;

6° begin van de overeenkomst;

7° gegevens over het aantal werkuren per week volgens de overeenkomst;

8° gegevens over het tijdstip, de aard en de omvang van de gepresteerde uren.

De dienstverrichter deelt de gegevens vermeld in het eerste lid voor elk kwartaal mee aan de administratie en dit uiterlijk op de laatste dag van de maand die volgt op het kwartaal in kwestie. De gegevens betreffende het laatste kwartaal van een jaar moeten uiterlijk op 20 januari van het daaropvolgende jaar worden meegedeeld.

HOOFDSTUK 4 – SUBSIDIERING VAN MOBILITEITSHULPMIDDELEN

Art. 12 – Voor de toepassing van artikel 100, § 2, eerste lid, 3°, van het decreet wordt de forfaitaire subsidie vermeld in artikel 47 van het besluit van 20 juni 2017 voor de jaren 2024 tot 2029 toegekend in de vorm van een eenmalige subsidie.

Voor de berekening van die forfaitaire subsidie wordt rekening gehouden met de op 1 januari 2024 goedgekeurde opvangcapaciteit van een woonzorgcentrum voor ouderen.

Art. 13 – Voor de toepassing van artikel 48 van het besluit van 20 juni 2017 dient de dienstverrichter alle dienstige bewijsstukken over de aanwending van de forfaitaire subsidie vermeld in artikel 12 in januari 2026 en in januari 2029 in bij de administratie.

Art. 14 – Met toepassing van artikel 3, § 1, stelt de administratie een verslag op over het feit of:

1° het deel van het subsidiebedrag dat niet is gebruikt voor de aanschaffing, de vernieuwing, de uitlening en het onderhoud van standaardhulpmiddelen moet worden teruggevorderd indien uit de overeenkomstig artikel 13 ingediende bewijsstukken blijkt dat het woonzorgcentrum voor ouderen in de driejarige periodes 2023-2025 en 2026-2028 minder dan 90% van het totale subsidiebedrag aan die doeleinden heeft besteed;

2° de toepassing van artikel 47, tweede lid, van het besluit van 20 juni 2017 ertoe leidt dat het jaarlijkse subsidiebedrag in het jaar N verhoogd en dus nabetaald moet worden.

HOOFDSTUK 5 – SUBSIDIERING VAN ADL-BEGELEIDERS

Afdeling 1 – In de instelling werkzame ADL-begeleiders

Art. 15 – Voor de berekening van de subsidie voor ADL-begeleiders in functie vermeld in artikel 100, § 2, eerste lid, 4°, van het decreet worden voor elke dienstverrichter de personeelskosten overeenkomstig het besluit van 22 juni 2001 in aanmerking genomen.

In afwijking van artikel 1, tweede lid, 2°, van hetzelfde besluit van 22 juni 2001 is het eerste lid ook van toepassing op de berekening van de forfaitaire subsidie voor woonzorgcentra van publiekrechtelijke organen. Voor de berekening van de verworven subsidie gelden de weddeschalen die dan van toepassing zijn voor de openbare sector.

Onder voorbehoud van de regularisatie vermeld in artikel 16 worden de personeelskosten berekend op basis van het bedrag voor een dienstanciënniteit van 10 jaar voltijds vermeld in kolom 8 van de tabel van bijlage 1 van hetzelfde besluit van 22 juni 2001.

Voor de berekening van het nodige aantal ADL-begeleiders gelden de vereisten gesteld in de artikelen 10 en 13 van het besluit van 29 februari 2024 en wordt het totaalaantal subsidieerbare ADL-begeleiders in functie voor het Duitse taalgebied beperkt tot 54.

Het overeenkomstig het eerste tot vierde lid berekende forfaitaire bedrag wordt bovendien als volgt geïndexeerd:

1° voor het jaar 2025 wordt het brutobasisloon in afwijking van artikel 2, vijfde lid, van het besluit van 22 juni 2001 vermenigvuldigd met coëfficiënt 2,1223;

2° vanaf het jaar 2026 wordt het brutobasisloon in afwijking van artikel 2, vijfde lid, van het besluit van 22 juni 2001 vermenigvuldigd met coëfficiënt 2,1223 en elk jaar geïndexeerd met een vast percentage van 2%. De Regering bepaalt jaarlijks het percentage voor de definitieve indexering van de subsidie die werd berekend op basis van het eerste tot vierde lid, die voor de dienstverrichter als verworven geldt.

Art. 16 – Uiterlijk in de maand februari van elk jaar N+1 controleert de administratie de overeenstemming tussen de op basis van artikel 15 berekende subsidie voor in de instelling werkzame ADL-begeleiders en de werkelijk tewerkgestelde ADL-begeleiders en hun werkelijke beroepservaring in het jaar N. Het definitieve recht op de subsidie vloeit voort uit de toepassing van artikel 15, eerste tot vierde lid, op de werkelijk tewerkgestelde ADL-begeleiders en hun werkelijke beroepservaring in het jaar N. Het definitieve recht op de indexering vermeld in artikel 15, vijfde lid, vloeit voort uit het verschil tussen de op de subsidie toegepaste forfaitaire indexering en het door de Regering vastgestelde percentage.

Met toepassing van artikel 3, § 1, stelt de administratie een verslag op over het feit of:

1° de overeenkomstig het besluit van 22 juni 2001 erkende dienstjaren of het arbeidsstelsel van de ADL-begeleider in het jaar N afwijken van hetgeen in aanmerking genomen werd in de berekening en de subsidie dienovereenkomstig verhoogd of teruggevorderd moet worden;

2° de verrekening van de forfaitaire indexering en de door de Regering te bepalen indexering overeenkomstig artikel 15, vijfde lid, uitmondt in een bedrag dat nabetaald of teruggevorderd moet worden.

Art. 17 – Uiterlijk op 31 december 2024 en bij iedere nieuwe aanstelling dient de dienstverrichter, voor de controle overeenkomstig artikel 16, de arbeidsovereenkomst in die hij heeft gesloten met de ADL-begeleider, waarin de functie, de in aanmerking genomen dienstanciënniteit, de datum van

indiensttreding en het arbeidssstelsel zijn vastgelegd.

De dienstverrichter deelt elke verandering in de arbeidsverhouding met de ADL-begeleider onmiddellijk mee aan de administratie.

Afdeling 2 – ADL-begeleiders in opleiding

Art. 18 – Voor de berekening van de subsidie voor ADL-begeleiders in opleiding vermeld in artikel 100, § 2, eerste lid, 4°, van het decreet worden voor elke dienstverrichter de personeelskosten overeenkomstig het besluit van 22 juni 2001 in aanmerking genomen.

In afwijking van artikel 1, tweede lid, 2°, van hetzelfde besluit van 22 juni 2001 is het eerste lid ook van toepassing op woonzorgcentra van publiekrechtelijke organen. Voor de berekening van de verworven subsidie gelden de weddeschalen die dan van toepassing zijn voor de openbare sector.

Onder voorbehoud van de regularisatie vermeld in artikel 19 worden de personeelskosten berekend op basis van het bedrag voor een dienstanciënniteit van 10 jaar voltijds vermeld in kolom 2 van de tabel van bijlage 1 van hetzelfde besluit van 22 juni 2001.

Voor de berekening van het nodige aantal ADL-begeleiders geldt dat er per wooneenheid van een woonzorgcentrum voor ouderen twee ADL-begeleiders in opleiding zijn. Bovendien gelden de vereisten gesteld in de artikelen 10 en 13 van het besluit van 29 februari 2024 en wordt het totaalaantal subsidieerbare ADL-begeleiders in opleiding voor het Duitse taalgebied beperkt tot 54.

Het overeenkomstig het eerste tot vierde lid berekende forfaitaire bedrag wordt bovendien als volgt geïndexeerd:

1° voor het jaar 2025 wordt het brutobasisloon in afwijking van artikel 2, vijfde lid, van het besluit van 22 juni 2001 vermenigvuldigd met coëfficiënt 2,1223;

2° vanaf het jaar 2026 wordt het brutobasisloon in afwijking van artikel 2, vijfde lid, van het besluit van 22 juni 2001 vermenigvuldigd met coëfficiënt 2,1223 en elk jaar geïndexeerd met een vast percentage van 2%. De Regering bepaalt jaarlijks het percentage voor de definitieve indexering van de subsidie die werd berekend op basis van het eerste tot vierde lid, die voor de dienstverrichter als verworven geldt.

Art. 19 – Uiterlijk in de maand februari van elk jaar N+1 controleert de administratie de overeenstemming tussen de op basis van artikel 18 berekende subsidie voor de ADL-begeleiders in opleiding en de werkelijk voorhanden ADL-begeleiders en hun werkelijke beroepservaring in het jaar N. Het definitieve recht op de subsidie vloeit voort uit de toepassing van artikel 18, eerste tot vierde lid, op de werkelijk voorhanden ADL-begeleiders en hun werkelijke beroepservaring in het jaar N+1. Het definitieve recht op de indexering vermeld in artikel 18, vijfde lid, vloeit voort uit het verschil tussen de op de subsidie toegepaste forfaitaire indexering en het door de Regering vastgestelde percentage.

Met toepassing van artikel 3, § 1, stelt de administratie een verslag op over het feit of:

1° de overeenkomstig het besluit van 22 juni 2001 erkende dienstjaren of het arbeidssstelsel van de ADL-begeleider in opleiding in het jaar N afwijken van hetgeen in aanmerking genomen werd in de berekening en de subsidie dienovereenkomstig verhoogd of teruggevorderd moet worden;

2° de verrekening van de forfaitaire indexering en de door de Regering te bepalen indexering overeenkomstig artikel 18, vijfde lid, uitmondt in een bedrag dat nabetaald of teruggevorderd moet worden.

Art. 20 – Uiterlijk op 31 december 2024 en bij iedere nieuwe aanstelling dient de dienstverrichter,

voor de controle overeenkomstig artikel 19, de arbeidsovereenkomst in die hij heeft gesloten met de ADL-begeleider in opleiding, waarin de functie, de in aanmerking genomen dienstanciënniteit, de datum van indiensttreding en het arbeidsstelsel zijn vastgelegd.

De dienstverrichter deelt elke verandering in de arbeidsverhouding met de ADL-begeleider onmiddellijk mee aan de administratie.

HOOFDSTUK 6 – SUBSIDIERING VAN UITRUSTING

Art 21 – De toekenning van de forfaitaire subsidie voor uitrustingsgoederen vermeld in artikel 100, § 2, eerste lid, 5°, van het decreet is onderworpen aan de voorwaarden die zijn vastgelegd in artikel 3, § 2, van het besluit van 25 mei 2023.

Art. 22 – Voor de toepassing van artikel 21 en voor de berekening van deze forfaitaire subsidie voor de jaren 2025 tot 2029 wordt de in artikel 3, § 2, tweede lid, van het besluit van 25 mei 2023 bepaalde periode van 20 jaar onderverdeeld in periodes van 5 jaar.

Voor de periode van 2025 tot 2029 bedraagt het maximumbedrag van de subsidie 1000 euro per plaats in een woonzorgcentrum voor ouderen, waarbij het maximumbedrag van de subsidieerbare uitgaven onderworpen is aan artikel 43 van het decreet van 18 maart 2002 betreffende de Infrastructuur en vermeerderd wordt met de van toepassing zijnde belasting over de toegevoegde waarde.

Dit bedrag wordt vanaf 2025 elk jaar tot 2029 geïndexeerd met een vast percentage van 2%. Artikel 3, § 2, derde lid, van het besluit van 25 mei 2023 is jaarlijks toepasbaar op het niet-opgevraagde gedeelte van de subsidie. Zodra dat gedeelte opgevraagd werd, is de daarin vermelde indexering definitief verworven door de dienstverrichter.

Art. 23 – Op de aanschaffing van uitrusting door de dienstverrichter is de wetgeving inzake de gunning van overheidsopdrachten van toepassing.

Voor de controle van de aanwending van de forfaitaire subsidie dient de dienstverrichter jaarlijks uiterlijk op 20 januari van het jaar N+1 de volgende documenten in bij de administratie:

- 1° een gedetailleerde beschrijving van de aangeschafte uitrusting en een bewijs dat de uitrusting nuttig en nodig is;
- 2° een bewijs dat de aanschaffing van de uitrusting heeft plaatsgevonden rekening houdend met de bepalingen vermeld in het eerste lid;
- 3° het bewijsstuk voor de eventuele aftrekbaarheid van de btw;
- 4° de factuur voor de aangeschafte uitrusting en een betalingsbewijs.

Met toepassing van artikel 3, § 1, stelt de administratie een verslag op over het feit of uit de controle vermeld in het tweede lid blijkt dat de voorwaarden vermeld in het eerste lid of in artikel 3, § 1, van het besluit van 25 mei 2023 niet werden nageleefd. Als dat het geval is, gelden de daaraan bestede bedragen als niet-opgevraagd gedeelte van de subsidie. De dienstverrichter is verplicht het gedeelte van de subsidie dat niet is opgevraagd aan het einde van de periode vermeld in artikel 3, § 2, terug te betalen.

HOOFDSTUK 7 – SUBSIDIE VOOR DE FINANCIERING VAN EXTRA PERSONEEL

Afdeling 1 – Extra personeel

Art. 24 – De in artikel 100, § 2, eerste lid, 7°, van het decreet vermelde subsidie dient als bijdrage in de kosten voor de aanstelling en tewerkstelling van:

- 1° een wooneenhedsassistent in de zin van artikel 15 van het besluit van 29 februari 2024;
- 2° zorgkundigen voor de naleving van de voorwaarden bepaald in artikel 21 van hetzelfde besluit van 29 februari 2024.

De subsidie die dient als bijdrage in de personeelskosten van de wooneenhedsassistent, is onderworpen aan de nadere regels die zijn vastgelegd in afdeling 2. De subsidie die dient als bijdrage in de personeelskosten van de zorgkundige, is onderworpen aan de nadere regels die zijn vastgelegd in afdeling 3.

Afdeling 2 – Wooneenhedsassistenten

Art. 25 – De dienstverrichter ontvangt voor de aanstelling en tewerkstelling van een voltijdsequivalent wooneenhedsassistent een forfaitaire subsidie van 59.878 euro per jaar voor de periode van 2024 tot 2029, waarbij het totaal aantal subsidieerbare wooneenhedsassistenten voor het Duitse taalgebied beperkt wordt tot 27.

Art. 26 – Uiterlijk op 31 december 2024 en bij iedere nieuwe aanstelling dient de dienstverrichter, voor de controle van de werkelijke tewerkstelling en de aanstellingsomvang van de wooneenhedsassistent, bij de administratie de arbeidsovereenkomst in die hij heeft gesloten met de wooneenhedsassistent, waarin de functie, de in aanmerking genomen dienstanciënniteit, de datum van indiensttreding en het arbeidsstelsel zijn vastgelegd.

Met toepassing van artikel 3, § 1, stelt de administratie een verslag op over het feit of de voorwaarden vermeld in artikel 25 niet vervuld zijn en de subsidie dienovereenkomstig verhoogd of teruggevorderd moet worden.

Afdeling 3 – Personeelsbezetting met zorgkundigen tussen 21.00 en 7.00 uur

Art. 27 – Voor de berekening van de subsidie voor de zorgkundigen vermeld in artikel 24, eerste lid, 2°, worden voor elke dienstverrichter de personeelskosten overeenkomstig het besluit van 22 juni 2001 in aanmerking genomen.

In afwijking van artikel 1, tweede lid, 2°, van hetzelfde besluit van 22 juni 2001 is het eerste lid ook van toepassing op woonzorgcentra van publiekrechtelijke organen. Voor de berekening van de verworven subsidie gelden de weddeschalen die dan van toepassing zijn voor de openbare sector.

Onder voorbehoud van de regularisatie vermeld in artikel 28 worden de personeelskosten berekend op basis van het bedrag voor een dienstanciënniteit van 10 jaar voltijds vermeld in kolom 9 van de tabel van bijlage 1 van hetzelfde besluit van 22 juni 2001.

Voor de berekening van het nodige aantal zorgkundigen tussen 21.00 en 7.00 uur gelden de voorschriften van artikel 21 van het besluit van 29 februari 2024.

Het overeenkomstig het eerste tot vierde lid berekende forfaitaire bedrag wordt bovendien als volgt geïndexeerd:

- 1° voor het jaar 2025 wordt het brutobasisloon in afwijking van artikel 2, vijfde lid, van het besluit van 22 juni 2001 vermenigvuldigd met coëfficiënt 2,1223;
- 2° vanaf het jaar 2026 wordt het brutobasisloon in afwijking van artikel 2, vijfde lid, van het besluit van 22 juni 2001 vermenigvuldigd met coëfficiënt 2,1223 en elk jaar geïndexeerd met een vast

percentage van 2%. De Regering bepaalt jaarlijks het percentage voor de definitieve indexering van de subsidie die werd berekend op basis van het eerste tot vierde lid, die voor de dienstverrichter als verworven geldt.

Art. 28 – Uiterlijk in de maand februari van elk jaar N+1 controleert de administratie de overeenstemming tussen de op basis van artikel 27 berekende subsidie voor de zorgkundige vermeld in artikel 24, eerste lid, 2°, en de werkelijk ingezette zorgkundigen en hun werkelijke beroepservaring in het jaar N. Het definitieve recht op de subsidie vloeit voort uit de toepassing van artikel 27, eerste tot vierde lid, op de werkelijk voor de vervulling van artikel 21 van het besluit van de Regering van 29 februari 2024 ingezette zorgkundigen en hun werkelijke beroepservaring in het jaar N. Het definitieve recht op de indexering vermeld in artikel 27, vijfde lid, vloeit voort uit het verschil tussen de op de subsidie toegepaste forfaitaire indexering en het door de Regering vastgestelde percentage.

Met toepassing van artikel 3, § 1, stelt de administratie een verslag op over het feit of:

1° de overeenkomstig het besluit van 22 juni 2001 erkende dienstjaren of het arbeidsstelsel van de zorgkundige in het jaar N afwijken van hetgeen in aanmerking genomen werd in de berekening en of de zorgkundige niet ingezet werd voor de vervulling van artikel 21 van het besluit van de Regering van 29 februari 2024, en de subsidie dienovereenkomstig verhoogd of teruggevorderd moet worden;

2° de verrekening van de forfaitaire indexering en de door de Regering te bepalen indexering overeenkomstig artikel 27, vijfde lid, uitmondt in een bedrag dat nabetaald of teruggevorderd moet worden.

Art. 29 – Uiterlijk op 31 december 2024 en bij iedere nieuwe aanstelling dient de dienstverrichter, voor de controle overeenkomstig artikel 28, de arbeidsovereenkomst in die hij heeft gesloten met de zorgkundige, waarin de functie, de in aanmerking genomen dienstanciënniteit, de datum van indiensttreding, de werkuren en het arbeidsstelsel zijn vastgelegd.

De dienstverrichter deelt elke verandering in de arbeidsverhouding met de zorgkundige onmiddellijk mee aan de administratie.

HOOFDSTUK 8 – SLOTBEPALINGEN

Art. 30 – In artikel 47, eerste lid, van het besluit van de Regering van 20 juni 2017 betreffende mobiliteitshulpmiddelen, gewijzigd bij het besluit van 27 mei 2021, worden de woorden "jaarlijks een" vervangen door de woorden "een meerjarige".

Art. 31 – Dit besluit heeft uitwerking met ingang van 1 januari 2024.

Art. 32 – De minister bevoegd voor het Ouderenbeleid is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen,

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President,

Minister van Lokale Besturen en Financiën
O. PAASCH

De Viceminister-President,
Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,
Ruimtelijke Ordening en Huisvesting
A. ANTONIADIS